



Prof. Dr. Sabine Schlacke

Prof. Dr. Michael Sauthoff

**Seminar zum Umwelt-, Energie- und Infrastrukturrecht
Sommersemester 2024**

Internationales Energie-, Umwelt-, See- und Naturschutzrecht

1. Tiefseebodenbergbau: Stand und Entwicklungen eines neuen Rechtsregimes
2. Anforderungen der Biodiversitätskonvention und des Nagoya-Protokolls an genetische Ressourcen, insb. in Form digitaler Sequenzinformationen
3. Biodiversity Beyond National Jurisdiction (BBNJ): völkerrechtlicher Biodiversitätsschutz jenseits nationaler Jurisdiktion
4. Strategische Prozessführung im internationalen Vergleich: Klimaklagen

Europäisches und europäisiertes Umwelt-, Energie- und Infrastrukturrecht

5. Stand und Perspektiven des EU-Green Deal: Auswirkungen auf das EU-Umweltrecht
6. EU-Verordnungsentwurf zur Wiederherstellung der Natur: Zweck, Inhalt und Auswirkungen für das mitgliedstaatliche Umweltrecht
7. EU-Beschleunigungsgesetzgebung zwecks Ausbaus der erneuerbaren Energien: Ziele, Maßnahmen und Spielräume der Mitgliedstaaten
8. Das Verschlechterungs- und Verbesserungsgebot nach der Wasserrahmen-Richtlinie

9. Unionsrechtliche Anforderungen an die Bedarfsplanung für Fernstraßen, Eisenbahnlinien und Bundeswasserstraßen

Deutsches Umwelt-, Energie- und Infrastrukturrecht

Energie- und Klimaschutzrecht

10. Rechtliche Anforderungen an die Wasserstoffinfrastruktur: de lege lata und de lege ferenda
11. Rechtliche Anforderungen an die Herstellung von Wasserstoff: de lege lata und de lege ferenda
12. (Angestrebte) Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes: Einordnung und Bewertung – auch im Hinblick auf das Verfassungs- und Unionsrecht
13. Die Reichweite genereller bundesrechtlicher Vorgaben in die Anwendung einzelner Fachgesetze am Beispiel des § 13 Absatz 1 Satz 1 KSG und § 2 EEG
14. Rechtliche Bedeutung und Konsequenzen des Grundsatzes „erneuerbare Energien als überwiegendes/überragendes öffentliches Interesse“
15. Klimabezogene Vorgaben an bauliche Anlagen durch das Bauordnungsrecht: status quo, Möglichkeiten und Grenzen
16. Umweltziele als Anlass von verkehrsrechtlichen Anordnungen – Stand de lege lata und de lege ferenda
17. Klagen von Umweltverbänden im Zusammenhang mit verkehrsrechtlichen Anordnungen nach § 45 StVO: Stand und Perspektiven
18. Wärmewende: Ziele und Instrumente des novellierten Gebäudeenergiegesetzes

Naturschutzrecht

19. Die Förderung von Windenergieanlagen durch die Neuregelung artenschutzrechtlicher Vorschriften im Bundesnaturschutzgesetz (§§ 45b ff. BNatSchG)
20. Sicherung und Kontrolle von naturschutzrechtlich erforderlichen Maßnahmen (insb. Ausgleichs- und Kohärenzsicherungs-, CEF- und Schadensvermeidungsmaßnahmen)
21. Die naturschutzrechtliche Einschätzungsprärogative: Neuausrichtung nach dem Beschluss des BVerfG vom 23.10.2018 (1 BvR 2523/13, 1 BvR 595/14)?

Infrastrukturrecht (insb. Raumordnung, Bauleitplanung und Fachplanung)

22. Das Windenergieflächenbedarfsgesetz: Die planungsrechtliche Neuordnung für On-Shore-Windenergieanlagen.
23. Die bauplanungsrechtliche Beurteilung von Windenergie- und Photovoltaikanlagen – System und Rechtfertigung der unterschiedlichen Steuerung im Außenbereich
24. Das Repowering von Windenergieanlagen: planungsrechtliche Grundlagen und Genehmigungsvoraussetzungen
25. Offshore-Windenergieanlagen: Das Zulassungsregime des WindSeeG und seine Neuerungen als Vorbild für die Steuerung des Ausbaus an Land?

26. Das LNG-Beschleunigungsgesetz: Beschleunigung durch Verzicht auf Umweltprüfungen?
27. Die Planung von Infrastrukturvorhaben durch Parlamentsgesetz – Vorzüge, Nachteile und Bedenken
28. Der Verzicht der Umweltprüfung und die Beschränkung der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Aufstellung von Bebauungsplänen - das vereinfachte Verfahren nach § 13 BauGB und der Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a, 13b BauGB
29. Das neue Instrument des Gebiets mit einem angespannten Wohnungsmarkt (§ 201a BauGB) – Voraussetzungen und Anwendung im Städtebaurecht
30. Die Konkurrenz einander ausschließender Gestaltungsansprüche am Beispiel des Bau-, Immissionsschutz- und Straßenrechts
31. Corona-Pandemie und Planungsverfahren: das Planungssicherstellungsgesetz und sein Verhältnis zum allgemeinen Verwaltungsverfahrenrecht
32. Rechtsschutz gegen Bauleit- und Raumordnungspläne nach dem Umweltrechtsbehelfsgesetz
33. Die Bedeutung von Klimabelangen in der Planfeststellung von Fernstraßen, Eisenbahnlinien und Bundeswasserstraßen – Grundsätze und Anforderungen an die praktische Handhabung (unter bes. Berücksichtigung von BMDV, „Hinweise zur Berücksichtigung der großräumigen Klimawirkungen in der Vorhabenzulassung“ – VkB1. 2023, 70)